Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 151. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 1. Juli 1933. | 15. Jahrgang.

Menschen bau'n, die Türme sollen
Ein Jahrtausend überdauern;
Doch der Rost zerfrißt das Eisen
Und das Moos zernagt die Mauern.

Fr. W. Weber.

Weltwirtschaft — für wen?

Von Atlanticus.

Ueber dem Haupteingang zum Hapaghaus in Hamburg ist der Spruch eingemeißelt: „Mein Feld ist die Welt." Es war in den ersten Tagen der Revolution, als ich mit einem Bekannten aus dem Binnenland vor dem Hause stand. Bitter meinte er, auf den Spruch zeigend: „Das hat uns den Krieg gekostet!" Das ist in gewissem Sinne richtig, aber ebenso richtig ist, daß die Entwicklung, die uns in die Welt hinaus trieb, zwangsläufig war, daß ohne die Teilnahme am Weltverkehr es unmöglich gewesen sein würde, Deutschlands wachsende Bevölkerung zu ernähren, ihr die Möglichkeit zu ersprießlichem Broterwerb zu verschaffen. Wer noch die Zeit vor den neunziger Jahren erlebt hat, wer sich bewußt geworden ist, was es für die deutsche Volkswirtschaft bedeutete, jahraus jahrein Unsummen an das Ausland allein für den Transport all der Güter zu bezahlen, die wir nun einmal von draußen beziehen mußten, und die Güter, die wir an das Ausland liefern konnten, der wird nur dankbar des Wagemutes deutscher Männer sich erinnern, die Deutschland den Weg zum Weltverkehr ebneten.

Selbstverständlich war im Ausland früher schon der *Respekt vor* deutscher Tatkraft und deutscher Leistung lebendig, wenigstens seit dem Einigungskrieg von 1870. Aber erst als in zunehmendem Maße die deutschen Farben durch deutsche Kriegsschiffe gezeigt wurden, als es fernen Völkern vor Augen geführt wurde, daß deutsches Besitztum da draußen, deutscher Handel, auch von der deutschen Staatsgewalt geschützt werden konnte, daß ein Deutscher in Bedrängnis sich nicht mehr hilfesuchend dem britischen Konsul anvertrauen mußte, damit ihm sein Recht werde, erst von da an erhielt deutsche Weltgeltung ihren Sinn. Noch war ja auch genug Betätigungsmöglichkeit in der ganzen Welt für alle Nationen vorhanden und der friedliche Wettbewerb hatte für alle seine gute erzieherische und vorwärts treibende Wirkung. Für Deutschland war dieser Wettbewerb eine Lebensnotwendigkeit, und die verschiedenen Fracht- und Passagierratenkämpfe der Vorkriegszeit bewiesen, daß es doch immer noch Wege friedlicher Verständigung und Vereinbarung gab. An Deutschland lag es ganz sicherlich nicht, wenn schließlich die früher aufgestandenen Konkurrenten sich mit einer friedlichen Verteilung der Interessensphären nicht mehr zufrieden geben wollten. Es soll gewiß nicht unterschätzt werden, daß gewisse Kreise unter deutscher Firma durch die Art ihrer Konkurrenzmanöver aufreizend wirken mußten, daß die Sucht, nur ja schnell den Vorsprung der anderen einzuholen, nur ja schnell reich zu werden, den unabweisbaren Zusammenstoß zeitlich beschleunigen mußten. Zudem wurde die Welt immer enger, die neuzeitlichen Verkehrsmethoden und Verkehrsmöglichkeiten rückten die Kontinente immer dichter zusammen; die zwangsläufig um der wachsenden Bevölkerung aller Nationen willen, vermehrte Produktion und vermehrter Absatzbetriebe schufen immer mehr Reibungsflächen, und schließlich fingen auch die Abnehmer der alten Weltlieferanten langsam an, selbst die Dinge zu produzieren, die sie früher einkaufen mußten.

Immerhin war die Entwicklung zur Weltwirtschaft eine durch die Verhältnisse erzwungene, der sich kein Volk mehr entziehen konnte, wollte es nicht langsam aber sicher zugrunde gehen. Jedenfalls wäre ein Abstoppen der Weltverkehrsbeteiligung nur durch eine starke Drosselung der Volksmehrung für uns möglich gewesen. Niemand in der Welt hätte auch die Auseinandersetzung mit anderen als friedlichen Mitteln um die Absatzmärkte verhindern können. Sie mußte einmal erfolgen, und es konnte sich höchstens darum handeln, den Zeitpunkt der Generalbereinigung möglichst lange oder bis zu dem Augenblick hinauszuschieben, der als günstigster dafür erscheinen mußte. Solange es möglich war, ist das auch geschehen, aber dann zeigte es sich, daß es außer den politischen Mächten doch noch eine andere Macht gab, die ausschlaggebend den Umfang der Auseinandersetzung bestimmte. Den politischen Mächten blieb schließlich nur noch die Bestimmung des für sie günstigsten, d. h. am wenigsten risikoreichen Augenblicks frei.

Die Auseinandersetzung, das wissen wir heute alle nur zu gut, hat keinem der Völker irgendwelchen Segen gebracht. Nutzen hat nur die anonyme Macht gehabt, das internationale Kapital. Es hat sich bereichern können, während die Not der Völker ins Unermessene stieg. Selbst der Machtzuwachs Frankreichs, so außerordentlich er erscheinen mag, ist nur fiktiv, und die Reichtümer, die Amerika als Geschäftsführer der Hochfinanz zusammenraffen konnte, kommen ganz gewiß nicht dem amerikanischen Volke zugute, sonst gäbe es dort nicht an die Dutzend Millionen Arbeitsloser, sonst wären auch die wirtschaftlichen Reformbestrebungen der Staatsgewalt, erzwungen durch die Notlage der schaffenden Wirtschaftsstände, undenkbar. Denn, wie Spengler einmal ausführte, „die Vereinigten Staaten haben niemals wirkliche Politik getrieben, so wenig sie ein eigentlicher Staat sind, sondern ihre Politik ist seit 1865 (Abschluß des amerkanischen Bürgerkrieges) ohne Ausnahme von finanziellen Mächten im Hintergrund gesteuert worden."

Das zeigt sich auf der jetzigen Londoner Konferenz mit besonderer Klarheit. Zweimal ist der Führer der amerikanischen Vertretung, der Staatssekretär Hull, bereits von Washington aus „berichtigt" worden, und nun soll sein Untergebener, der Unterstaatssekretär Moley nach London kommen, damit er dort die Ab- und Ansichten des Präsidenten Roosevelt „richtig auslege".

Hier haben wir den untrüglichen Beweis des — wie Spengler sagt — „schweigenden, aber zähen Kampfes ohne Gnade zwischen der politischen Führung der Staaten und der internationalen Hochfinanz, die sie unterwerfen will. „Roosevelt will — ob es ihm gelingen wird, steht dahin — die Macht und den Einfluß der Hochfinanz brechen. Aus allen seinen Aeußerungen und den bisherigen Maßnahmen geht hervor, daß er klar erkannt hat: ohne Ueberwindung der Hochfinanz ist eine Rettung der Nationalwirtschaft oder gar der Summe der einzelnen Nationalwirtschaften, nämlich der Weltwirtschaft, unmöglich. Ganz unmißverständlich hat er deshalb letzthin damit gedroht, daß Amerika, falls man in London keine Vernunft annehme, nötigenfalls eine Autarkiepolitik treiben werde. Und noch bemerkenswerter ist die Mitteilung der „United Preß" aus Washington, wonach Amerika auf dem Standpunkt stehe, daß die „Wirtschaftsschwierigkeiten zu lösen zunächst einmal eigene Sache jedes einzelnen Landes sei. Gewisse Hilfsmaßnahmen könnten dann aber in gewisser Zeit auf lange Sicht ausgearbeitet werden. Zur wirtschaftlichen Erholung jedes einzelnen Landes seien aber Maßnahmen der betreffenden Länder wichtiger, als Hilfsmaßnahmen allgemeiner Natur. Interne Maßnahmen, wie der Haushaltsausgleich, Ausgabenbeschneidung, öffentliche Arbeitsprogramme und ähnliches, müßten von jedem einzelnen Land gesondert ins Auge gefaßt werden. Internationale Maßnahmen könnten erst in zweiter Linie ihre Wirkungen erzielen."

Soweit „United Preß". Amerikas oder vielmehr des amerikanischen Präsidenten Ansicht ist damit klar herausgestellt. Sie ist zweifellos eine Absage an alle Bestrebungen auf der Konferenz, den Dingen einen Dreh zu geben, der die Vorherrschaft der Hochfinanz verewigen müßte. Roosevelt befindet sich damit weitgehend in Uebereinstimmung mit der Ansicht der deutschen Regierung, aber während letzterer der „Weg ins Freie" nicht mehr verbaut ist, oder sich die deutsche Staatsgewalt ihn nicht mehr verbauen läßt, liegen die Dinge in Amerika doch anders. Roosevelt muß sich seine Bewegungsfreiheit erst einmal erkämpfen. Zugegeben, daß er in der sogenannten „Farmerbewegung" und den damit sympathisierenden Kreisen eine starke Hilfstruppe hat, daß ferner die Nöte der Zeit die besten Schrittmacher seiner Politik sind, aber sicher ist, daß das Instrument der „öffentlichen Meinungsmache" sich noch immer in der Gewalt der Hochfinanz befindet und dieser Umstand hat bislang noch alle Reformen drüben versacken lassen. Zudem beweist ja auch der „Fall Hull", daß sich unter den nächsten Mitarbeitern des Präsidenten Roosevelt unzuverlässige Kantonisten befinden.

Die Hochfinanz hat das Rennen noch längst nicht aufgegeben. Sie arbeitet zäh und unermüdlich an der Aufrechterhaltung ihres Machtbesitzes, mögen auch die Völker darüber zugrunde gehen. Ueberall in der Welt die Hände im Spiel zu haben, überall in der Welt die Spindeln laufen zu lassen oder still zu legen, je nach dem Bedürfnis des Profites, nicht dem der schaffenden Stände, das ist die „Weltwirtschaft" der Hochfinanz. Das aber ist keine wahre Weltwirtschaft, auch der von England auf der Konferenz befolgte Kurs führt nicht dahin.

Für England, das wird immer deutlicher, soll offenbar die Weltwirtschaftskonferenz nur die Fortsetzung der Konferenz von Ottawa sein. Das bedeutet: auf die Bedürfnisse der britischen Weltreichstaaten haben die Teilnehmer der Konferenz gebührend Rücksicht zu nehmen. Die in London zutage getretene „Spannung" ist darauf zurückzuführen, daß die Mehrzahl der Teilnehmer gar nicht daran denkt.

So sieht man, daß man in London von einer Verlegenheit in die andere taumelt. Jedes am Horizont auftauchende „Problem wird aufgegriffen, ob es nun weltwirtschaftlich bedeutungsvoll ist oder nicht. Man will die „Konferenz retten", ein unmögliches Bemühen. Die Taktik der Hochfinanz ist es, die Weltwirtschaft zu behandeln, als ob sie ein Ding an sich sei, mit einem Eigenleben, das eigenen inneren Gesetzen folgt. Das aber ist der tiefere Grund der Zerrüttung der Weltwirtschaft. Weltwirtschaft, das ist nichts weiter als die Summe aller selbständigen Nationalwirtschaften, die auf die besonderen Bedürfnisse der einzelnen Nationen zugeschnitten sind und geleitet werden unabhängig von Interessen irgendwelcher anonymen Mächte. Die Weltwirtschaft wird ganz von selbst gesunden, wenn wieder unabhängige gesunde Nationalwirtschaften geschaffen sind. Das durch die Entwicklung verursachte enge Aufeinanderangewiesensein wird die Nationalwirtschaften dann schon Mittel und Wege finden lassen, um ein gesundes Austauschsystem wieder herzustellen, das jedem Menschen sein Auskommen verschafft. Einer im Hintergrund von der Hochfinanz geleiteten Konferenz wird das nie möglich sein.

Sind Leistungen ohne Gegenleistungen auf die Dauer unmöglich?

In der Rede Hugenbergs vor der Presse in London, die wegen der Forderung auf Kolonien und Siedelungsland für Deutschland viel Staub aufgewirbelt hat, finden wir einen Satz, der, obwohl er nichts Neues besagt, es verdient, einmal unter die Lupe der Kritik genommen zu werden. Er lautet:

„Wenn in der Weltwirtschaft ein Teilnehmer gezwungen wird, auf die Dauer ohne Gegenleistungen Zahlungen zu leisten, so bricht nicht nur er zusammen, sondern die Weltwirtschaft." Hierbei ist der Ton auf die Worte „auf die Dauer" zu legen.

Einseitige Leistungen treten in den Handelsbilanzen der einzelnen Volkswirtschaften sichtbar in Erscheinung, und zwar in den Einfuhr- und Ausfuhrüberschüssen. Nun entnehme ich einem Geschichtsbuch folgende Zahlen:

	England		Deutschland	
	1891	1913	1891	1913
Einfuhr in Mill. Mark	8,9	15,1	4,6	11,6
Ausfuhr „ „ „	6,3	12,2	3,5	9,7
Einfuhr-Ueberschuß	2,6	2,9	1,1	1,9

Demnach betrug der Einfuhrüberschuß Englands bereits vor dem Weltkrieg 22 Jahre hindurch rund 2½ bis 3 Milliarden und hat sicherlich viele Jahrzehnte gebraucht, um zu dieser ansehnlichen Höhe anzuwachsen. Aber auch Deutschlands Einfuhrüberschuß war in demselben Zeitraum schon beträchtlich und erreichte im letzten Vorkriegsjahre bereits die Höhe unserer jährlich zu leistenden Reparationssummen. Dem großen Einfuhrüberschuß dieser beiden Länder stand aber ein entsprechender Ausfuhrüberschuß in anderen Ländern gegenüber, der im Verhältnis zu der Gesamtwirtschaft dieser Staaten in vielen Fällen sicher nicht geringer gewesen ist als die Einfuhrüberschüsse Englands und Deutschlands im Verhältnis zu ihrem Gesamthandel. Dann müßte aber nach Hugenbergs Behauptung die Weltwirtschaft nicht erst jetzt, sondern schon vor mindestens 3 Jahrzehnten zusammengebrochen sein. Die Tatsachen strafen in diesem Falle also Hugenbergs Wort Lügen.

Wenn wir hier klar sehen wollen, müssen wir uns erst einmal bewußt werden, daß es in Wirklichkeit weder eine Volkswirtschaft noch eine Weltwirtschaft gibt, daß diese beiden irreführenden Begriffe nichts weiter bedeuten als eine Zusammenfassung der Einzelwirtschaften (Privat-, Genossenschafts-, Kommunal-, Staatsbetriebe) eines Landes bezw. vieler Länder. So sind denn auch die Inlands- sowohl wie die Auslandsverschuldungen, sofern es sich nicht um politische Verpflichtungen (z. B. Reparationen oder Kriegsentschädigungen) handelt, immer nur Angelegenheiten von Einzelpersonen oder gesellschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Zusammenschlüssen von Einzelpersonen. Für diese Schuldverhältnisse aber trifft das oben angeführte Wort Hugenbergs niemals zu. Es ist sehr wohl möglich und schon immer so gewesen, daß ein Schuldner Jahre und Jahrzehnte hindurch selbst große Zahlungen ohne jede Gegenleitung an seinen Gläubiger leistet. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Was nun in einem Einzelverhältnis oder innerhalb eines Volksganzen gang und gäbe ist, das ist auch über

411 Stadt.Bibliothek
S 839

die Landesgrenzen hinaus möglich. Oder war es nicht schon immer so, daß viele Kapitalisten ihre Zinsen im Ausland verzehrten? Haben nicht schon seit Jahrhunderten die Kapitalisten fortgeschrittener Länder ihre eigenen und die Ersparnisse ihrer Volksgenossen „zur Erschließung" und „Modernisierung" „rückständiger" Staaten in den entferntesten Winkeln der Welt „angelegt"? Die Statistik lehrt, daß vor dem Weltkrieg nicht nur England und Deutschland, sondern alle sogenannten kapitalstarken Länder Mitteleuropas einen mehr oder weniger großen Einfuhrüberschuß aufwiesen, für den keine Gegenleistung in Form von Warensendungen zu ihrer Bezahlung erfolgten. Aber bezahlt wurden sie doch. Die Mittel dazu flossen eben aus dem Zinsertrag der zahllosen Kapitalanlagen in den kapitalschwachen Ländern, man denke nur an den Suezkanal, den Panamakanal, die Bagdadbahn, überhaupt die vielen Privateisenbahnen, Straßenbahnen, Elektrizitätswerke, Hafenanlagen, Autostraßen, Pflanzungen, Fabriken, Bergwerke, die von englischen, deutschen, französischen, amerikanischen, schweizerischen, holländischen Unternehmern und Ingenieuren überall in der Welt errichtet und von englischen, deutschen, französischen usw. Banken finanziert worden sind. Der Zinsenstrom aus diesen Kapitalanlagen, der von den Bewohnern jener Länder stets gespeist und in Fluß erhalten werden muß, ist es, der es — freilich nur den Kapitalisten der „modernen" Staaten — gestattet, Millionen und Milliarden ohne jede Gegenleistung einzunehmen und an den schönsten Orte ihres Heimatlandes oder auch sonstwo in Ruhe zu verzehren; dieser „Zinsendienst" ist es, der den kapitalstarken Staaten erlaubt, sich einen Einfuhrüberschuß, den kapitalschwachen Ländern dagegen, sich einen Ausfuhrüberschuß zu „leisten".

Wenn nun vor dem Kriege eine solche einseitige Leistungsverpflichtung jahrzehntelang aufrecht erhalten und erfüllt werden konnte — warum geht es heute auf einmal nicht mehr? Noch nie seit Menschengedenken hat eine Deflation, d. h. also ein allgemeiner Preisabbau in so vielen Ländern eine so große Verheerung angerichtet wir heute. Und da man für die wahre Ursache der seit Jahren wütenden Krise keinen Blick hat oder sie nicht sehen will, verfällt man auf immer neue Mittelchen, die doch nicht helfen können und das Uebel nur verschlimmern. Weil der Preisabbau den Inlandsmarkt zerstörte, empfand man bald den ausländischen Wettbewerb als störend und wollte ihn durch Zölle, Einfuhrbeschränkungen u. Einfuhrverbote zurückdämmen oder ganz ausschalten. Die Maßnahmen der einen riefen Gegenmaßnahmen der andern auf den Plan, und so wurde diese Politik, die an den Erscheinungen herumdoktert, die Ursache aber unbeachtet läßt, allgemein. Der Erfolg hat sie als Kurpfuscherei entlarvt: sie führte in eine Sackgasse. Auf der einen Seite stehen nun die Zinsverpflichtungen und Kapitalrückzahlungen der deutschen Schuldner an die ausländischen Gläubiger, die nur durch Waren und Leistungen beglichen werden können; auf der andern sehen wir die Wirtschaftskrise in allen Staaten, die es den Völkern nicht einmal ermöglicht, ihre eigenen Waren, geschweige denn die Erzeugnisse fremder Länder zu kaufen.

Wie kommen wir aus dieser Sackgasse heraus? Hugenberg sagt es selber in seiner Londoner Rede: „Nur durch Wiederherstellung der Binnenmärkte kann die Aufnahmefähigkeit der Länder für fremde Waren und damit der Welthandel wieder gehoben werden" und merkt wohl gar nicht, wie er sich damit in Widerspruch mit sich selbst bringt. Denn wenn „nur durch Gesundung der einzelnen nationalen Volkswirtschaften die Weltwirtschaft wieder gesund werden" kann (ebenfalls Hugenberg auf der Weltwirtschaftskonferenz) und den Völkern die gegenseitige Abnahme ihrer Erzeugungsüberschüsse wieder ermöglicht, so kann doch die zur Zeit bestehende Unfähigkeit, sich die Ueberschüsse gegenseitig abzukaufen, nicht die Ursache dieser Unfähigkeit sein! Auch hier zeigt sich wieder, daß Hugenberg in dem zu Anfang angeführten Wort von der Unmöglichkeit einseitiger Dauerleistungen irrt und nur im zuletzt zitierten recht hat.

Wenn nun schon der Weg zur Beseitigung der „Weltwirtschaftskrise" über die Beseitigung der Wirtschaftskrise in den einzelnen Volkswirtschaften geht, so muß die Ursache der Krise beim richtigen Namen genannt und mit der Wurzel beseitigt werden. Die wahre Ursache aber nicht nur der heutigen, sondern der Wirtschaftskrisen überhaupt ist der Preiszerfall, der seinerseits wieder in der Geldverknappung bezw. Drosselung des Geldumlaufs durch die Notenbanken begründet ist; außer diesem gibt es keinen stichhaltigen Grund. Denn auch alle die vielen politischen Vorkommnisse, die im Laufe der Jahre als Krisenursachen bezeichnet worden sind, haben nur mittelbar, d. h. durch ihre Einwirkung auf den Geldumlauf Einfluß auf den Gang der Wirtschaft. Man verkünde laut und vernehmlich das Ende der Deflation, befreie den Geldumlauf von allen politisch-psychologischen Einflüssen durch den Umlaufszwang des Geldes und begrenze die Geldmenge so, daß das Verhältnis zwischen Warenerzeugung und Geldumlauf stets das gleiche bleibt, so wird man bald der Krise Herr werden. Dann wird man bald nicht mehr von Ueberproduktion reden, weil die erzeugten Waren glatt abgesetzt werden können; dann wird man auch die ausländischen Waren auf dem eigenen Markt nicht mehr als lästig empfinden und dem Nachbar jenseits der Grenze seine Erzeugnisse gern und willig abnehmen, wird dieser doch dadurch erst instand gesetzt, auch unsere Waren zu kaufen. Damit wird dann auch die Frage der Uebertragung unserer Zahlungsverpflichtungen an das Ausland, das Transferproblem, gegenstandslos werden und uns keine Kopfschmerzen mehr bereiten, weil alle Völker kaufkräftig und aufnahmefähig für fremde Waren geworden sind.

Man hat viel darüber gestritten, ob die Wirtschaft oder die Politik unser Schicksal sei. In der Verknüpfung beider Begriffe liegt die Lösung: Wirtschaftspolitik! Das alte System ist nicht zuletzt an seiner Wirtschaftspolitik zugrunde gegangen. Brüning, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind an ihrer Preisabbaupolitik gescheitert und von den Geistern, die sie so selber riefen, verschlungen worden. Die nationale Regierung sollte dies nicht verkennen, sondern ihre Lehre daraus ziehen und zum Heile Deutschlands und der Welt mutig den Weg beschreiten, der durch die Entwicklung unzweideutig vorgeschrieben ist:

Zertrümmerung der Geldmacht durch Einführung der Arbeitsdienstpflicht des Geldes und Verwaltung des Geldes zugunsten der werteschaffenden Arbeit und nicht der am Zins interessierten Mächte! A. Leckebusch.

Schacht berichtet in Berlin

Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist mit dem Flugzeug von London nach Berlin zurückgekehrt. In der üblichen Vierteljahrssitzung des Generalrates der Reichsbank wird der Reichsbankpräsident über das bisherige Ergebnis der Londoner Besprechungen mit den deutschen Auslandsgläubigern, die sich insbesondere auf den Transfer beziehen, Bericht erstatten. Eine Entscheidung über die Rationierung der Transferquoten kann jedoch erst fallen, wenn die Besprechungen Dr. Schachts mit der Reichsregierung abgeschlossen sind, von deren Ergebnis diese Entscheidung abhängt.

Spendet Arbeit!

Staatssekretär Reinhardt im Rundfunk

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Fritz Reinhardt, hat durch Rundfunk an alle Volksgenossen und Volksgenossinnen den folgenden Aufruf gerichtet:

Die Reichsregierung der nationalsozialistischen Revolution ruft alle Volksgenossen und Volksgenossinnen auf, freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit zu leisten. Die Spende kann in bar, durch Zahlkarte, Postschecküberweisung oder Banküberweisung geleistet werden. Für die Entgegennahme der Spende ist das Finanzamt zuständig. Der Spender muß also den Spendenbetrag bei der Kasse des Finanzamtes einzahlen oder durch Zahlkarte, Postschecküberweisung oder Banküberweisung auf das Postscheckkonto des Finanzamtes überweisen.

Arbeiter und Angestellte können ihren Arbeitgeber bitten, bei der nächsten Lohn- oder Gehaltszahlung einen bestimmten Betrag einzubehalten und für sie als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit an das Finanzamt abzuführen.

Die nächste Gehaltszahlung fällt bei den meisten Angestellten und Beamten auf den heutigen 30. Juni. Es sollte kein Angestellter und kein Beamter unterlassen, morgen vormittag sofort zu veranlassen, daß von seinem Gehalt ein bestimmter Betrag als freiwillige Spende einbehalten und für ihn an das Finanzamt abgeführt wird. Wo die Berücksichtigung dieses Wunsches aus technischen Gründen nicht mehr möglich sein sollte, ist es Sache des Angestellten oder Beamten, den Spendenbetrag durch Zahlkarte, Postschecküberweisung oder Banküberweisung noch am 30. Juni dem Konto des Finanzamtes zuzuleiten.

Es sollte auch kein Arbeiter, der heute oder morgen seine nächste Lohnzahlung erhält, unterlassen, seinen Arbeitgeber zu bitten, von der Lohnzahlung einen bestimmten Betrag einzubehalten und als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit für ihn an das Finanzamt weiterzuleiten.

Alle Volksgenossen und Volksgenossinnen, die nicht in einem Arbeitnehmerverhältnis stehen, sondern Unternehmer, Angehörige eines freien Berufes oder Rentner sind, überweisen, soweit es noch nicht geschehen ist, einen Betrag als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit morgen oder übermorgen auf das Konto des Finanzamtes.

Die Reichsregierung der nationalsozialistischen Revolution erwartet, daß alle Deutschen Männer und Frauen den Begriff der Volksgemeinschaft erfassen. Wer sich zur Deutschen Volksgemeinschaft bekennt, der muß bereit sein, von seinem Einkommen freiwillig einen Betrag zur Förderung der nationalen Arbeit zu spenden. Die Spende wird verwendet zur Beschaffung von Arbeit für solche Volksgenossen, die bereits seit Jahren ohne Arbeit und ohne Einkommen sind. Ein Mindestbetrag ist nicht vorgeschrieben. Auch der kleinste Betrag, der als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit gegeben wird, bildet einen Teil der Hilfe zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und damit des sozialen Elends.

Volksgenossen und Volksgenossinnen, spendet, spendet alle, spendet sofort!

Aus der NSDAP ausgeschlossen

Wie die Pressestelle der NSDAP. mitteilt, haben die ehemaligen Parteigenossen Hauptmann a. D. Cordemann, Hauptmann a. D. v. d. Marwitz, Hauptmann a. D. Wolf und Hauptmann a. D. Dr. Zucker, sämtlich in Berlin, durch telegraphische und telephonische Einwirkung über Gauleiter, Handelskammern, Wirtschaftsunternehmungen usw. versucht, dem Führer die Freiheit notwendiger Entschließungen zu rauben. Sie sind auf Anordnung des Führers sofort ihrer Aemter enthoben und aus der Partei ausgeschlossen worden. Auf Befehl des Reichskanzlers wurden sie in Haft genommen und in ein Konzentrationslager eingeliefert.

Was mir an der Mission gefällt.

Von G. W. Africanus.

Ich bin weder Theologe noch Missionar. Ich bin nur ein einfacher Wanderer, dem ein gütiges Geschick die Möglichkeit gibt, auf Reisen in Afrika seinen Gesichtskreis zu erweitern und seine Weltanschauung zu vertiefen.

Ich bin über West- und Südafrika nach Ostafrika gefahren, zwei Monate lang. Ich bin mit den verschiedensten Menschen verschiedenster Berufe, verschiedenster Weltanschauungen und verschiedenster Religionen und Glaubensbekenntnissen bekannt geworden. Oft habe ich das Gespräch unauffällig auf die Mission gebracht, ohne zu erkennen zu geben, daß ich mich dafür interessiere. Oft, sehr oft, trat mir die Ansicht entgegen: die Missionen in Afrika seien für Weiße und Schwarze unerwünscht und unzweckmäßig; schwarze Christen seien schlechtere und unzuverlässigere Arbeiter als die Heiden; die Mission mache aus den Negern nur schwarze Europäer, die zu nichts mehr zu gebrauchen seien, reiße sie aus ihrem „glücklichen, bedürfnislosen Naturzustande" und bringe ihnen dafür nur die „zweifelhaften Segnungen europäischer Zivilisation".

Aus meiner früheren Tätigkeit — ich war 40 Jahre lang deutscher Richter — bin ich gewohnt, jede Tatsache und jede Ansicht gewissenhaft und eingehend zu prüfen, ehe ich mir ein Urteil darüber bilde.

Was ich im Nachstehenden schreibe, gründet sich im wesentlichen auf Beobachtungen, die ich in Ostafrika gemacht habe. West- und Südafrika habe ich nur flüchtig kennengelernt. In der Tat: Der erste Eindruck bestätigte jene Ansicht meiner Mitreisenden. In zahlreichen afrikanischen Häfen, die wir anliefen, beobachtete ich eine Menge Neger, die mir höchst unsympathisch waren: in den Bars saßen schwarze Gents in europäischer Kleidung mit der Zigarette beim Whisky-Soda; es wimmelte von schwarzen Betrügern, die die Fremden neppten; schwarze Weiber prostituierten sich genau so schamlos wie europäische. Der Neger lernt meist schnell fremde Sprachen: So konnte ich mich mit vielen von jenen Schwarzen auf englisch verständigen. Und siehe da: entweder waren sie noch nicht Christen oder sie waren es nicht mehr; zum Teil waren sie schon hoch erhaben über die primitiven Lehren des Christentums. Also: Das Christentum hat jene Leute bestimmt nicht zu dem gemacht, was sie waren.

Ich mache einige private Studien über Recht und Rechtsbegriffe der Eingeborenen in Ost-Afrika. Hier bin ich auf die Missionen vielfach angewiesen. Die Missionare sind fast die einzigen, die sich mit Sprache, Sitten, Religionen, Gewohnheiten usw. der Eingeborenen beschäftigen und beschäftigen müssen; auch verfügen sie meist über eine brauchbare Literatur. Im Laufe der Jahre habe ich fast alle Missionen in Ost-Afrika kennen gelernt, evangelische und katholische, englische und amerikanische usw. Ich spreche etwas Kisuaheli und habe mit den Negern selbst sprechen können. Monatelang bin ich gereist: von Kenya und Uganda bis zu den Grenzen von Belgisch-Kongo; vom Tanganyika- u. Nyasasee bis Usambara und Tanga. Ich bin mit Eisenbahn, Schiff, Automobil und — was das Schönste ist — zu Fuß mit Karawane gereist. Ich habe Augen, die sehen und Ohren, die hören. Ich kenne den Naturzustand des Negers: in der Tat, in vieler Hinsicht ist er glücklich und beneidenswert, besonders wenn man die heimatlichen Zustände damit vergleicht. Der Neger im Inneren des Landes ist überwiegend Bauer und Viehzüchter, hat seine Hütte, seine Felder, sein Vieh, seine Arbeit; Kinder sind ein Reichtum und Segen, während sie in Europa vielfach als Last erscheinen; Geld braucht er wenig. (Ein altergriechischer Philosoph sagt: Der Mann, der das Geld erfunden hat, hat das größte Unglück über die Welt gebracht.) Aber: Keine Mission denkt daran, an all dem auch nur das Geringste zu ändern: im Gegenteil, eine jede ist bemüht, diesen Zustand zu erhalten und zu fördern.

Ausschließlich gegen die finsteren Seiten des Naturzustandes der Neger wenden sich die Missionen: gegen das dunkle Heidentum mit Zauberei, Unzucht und Mord. Daß in dieses Dunkel das Licht kommt, wünschen vielfach die Heiden selbst. Die meisten Neger sind viel zu intelligent, um die Leerheit des Heidentums nicht zu erkennen. (Der Neger ist viel intelligenter, als der Europäer gemeiniglich annimmt. Vom Neger als „primitive" Rasse zu sprechen, ist nur ein Zeichen von Unkenntnis und Ueberheblichkeit anderer Rassen). Meist ist es auch gar nicht die Liebe zu seinem Heidentum, die den Neger abhält, Christ zu werden, sondern die Furcht vor der Rache seiner Sippengenossen: oft wird der Christ aus der Sippe gestoßen, die Totenopfer werden für ihn gebracht, er gilt als gestorben: und das ist es, was dem Neger untragbar erscheint. Das ausgesprochene Sippengefühl ist ein schöner Zug im Leben des Negers. Die Sippe ist, wie die Familie bei andern Völkern, der moralische Halt des einzelnen. (Der europäische Kommunismus sucht als erstes die Familie zu vernichten als die Keimzelle des sittlichen Gehalts eines Menschen). Die Missionen haben sich bemüht, christliche Sippen zu bilden, um zu ersetzen, was der Neger durch seinen Uebertritt in das Christentum verliert. Das ist weise und schön von den Missionen gehandelt.

Von vornherein als unlogisch erkennbar ist die Folgerung: das Christentum mache den Neger zu einem schlechteren Arbeiter. Es gibt unbestritten faule und fleißige Heiden und faule und fleißige Christen — auch in Europa! Warum christliche Ethik den Neger faul machen soll, ist unerfindlich. Das Gegenteil ist richtig: auch der oberflächliche Kenner wird zugeben, daß der christliche Neger höher steht als der Heide. Also wird der Neger, der das Christentum wirklich in sich aufgenommen und nicht nur, wie es auch geschieht, als Modesache oder aus Nützlichkeitsgründen angenommen hat, ethisch höher stehen als der Heide, und das wird sich in seinem Leben, seinem Tun, seiner Arbeit offenbaren.

Aber es hat seinen Grund, wenn europäische Unternehmer den christlichen Neger nicht schätzen, nur spricht dieser Grund nicht gegen das Christentum, sondern gegen den Unternehmer. Besonders die evangelischen Missionen stellen hohe Anforderungen an den Neger, ehe sie ihn taufen: der Taufe geht meist eine lange eingehende Vorbereitung voraus. Hierdurch wird zugleich das intellektuelle Niveau gehoben: Der Neger lernt denken! Und was leider

Abrüstung vertagt

Gegen die Stimme Deutschlands

Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hat entsprechend der Empfehlung des Büros die Vertagung der Abrüstungskonferenz auf den 16. Oktober beschlossen. Gegen den Beschluß stimmte Deutschland; Stimmenthaltung übte die ungarische Delegation.

Vor der Abstimmung hatte der deutsche Delegationsführer Botschafter Nadolny nochmals eindringlich vor einer neuen Unterbrechung der Abrüstungsarbeiten gewarnt. Wenn jetzt der Präsident von Regierung zu Regierung reisen und mit den einzelnen Kabinetten Verhandlungen führen solle, dann bestehe begründeter Zweifel daran, daß diese Art der Verhandlung in kurzer Zeit zu einem Erfolg führen könne. Nachdem die Besprechungen in London nicht zustande gekommen seien — die deutsche Regierung sei jederzeit zu Verhandlungen bereit gewesen —, habe nunmehr die Konferenz die Pflicht, die Vorbereitung der zweiten Lesung wieder selbst in die Hand zu nehmen. Auch gäbe es in dem britischen Entwurf eine ganze Reihe noch offener Fragen mehr technischer oder juristischer Natur, die einer politischen Entscheidung nicht bedürften. Aber auch die noch offenen Fragen mehr politischen Charakters könnten während der Vorbereitung der zweiten Lesung in Genf durch Besprechungen von Delegation zu Delegation eher gefördert werden als durch Reisen von Kabinett zu Kabinett.

„Es wird den Völkern", so fuhr Botschafter Nadolny dann fort, „die die Ergebnisse der Abrüstungskonferenz mit Ungeduld erwarten, nicht klargemacht werden können, weshalb es einer neuen Vertagung bedarf, damit die Regierungen sich über die Hauptfragen der Abrüstung, die seit 14 Jahren im Artikel 18 der Völkerbundssatzung vorgesehen ist, die von vornherein die Aufgabe dieser Konferenz war und die hier seit eineinhalb Jahren behandelt wird, endlich schlüssig werden. Es wird der Welt noch weniger klargemacht werden können, warum während des Zeitraumes, den man sich für Verhandlungen über die politischen Fragen vornehmen will, die ebenso notwendige Bearbeitung und Regelung der übrigen Fragen ruhen soll.

Ich will gar nicht von den abgerüsteten Staaten sprechen, die seit 14 Jahren auf die Einlösung der Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung auf die Wiederherstellung ihrer nationalen Sicherheit warten. Nicht nur von ihrer Seite, sondern

allenthalben wird man gegen die Konferenz den Vorwurf erheben, daß eine derartige Vertagung der Anfang für einen Verzicht auf die Durchführung ihrer Aufgaben ist, mit anderen Worten ein Begräbnis 1. Klasse der Konferenz bedeutet.

Ich mache nachdrücklich auf die ernsten Folgen aufmerksam, die zu befürchten sind, wenn das Mißtrauen gegenüber dem Willen der Konferenz, durch Zusammenarbeit und Verständnis zu einem Ergebnis zu gelangen, weiter um sich greift.

Die Konferenz ist jetzt in einem Stadium, in dem es nicht mehr möglich ist, mit ausweichender Taktik und mit Hinhalten weiter zu kommen. Ihr Ende kann nicht mehr lange hinausgeschoben werden. Es wird nur dann ein gutes Ende sein, wenn die Staaten, auf die es ankommt, den ernsten Willen haben, hier wirklich zu verhandeln, ihre Abrüstungsverpflichtung zu erfüllen und im Interesse des Zustandekommens einer Konvention Entgegenkommen zu beweisen, so wie dies Deutschland bereits getan hat. Die Regierungen, die den Vorschlag des Büros gutheißen, übernehmen damit eine schwere Verantwortung. Deutschland hat jedenfalls alles nur mögliche getan, um die Konferenz zu ihrem Ziel zu bringen.

Nach den Ausführungen Nadolnys, die mit großer Aufmerksamkeit angehört wurden, gaben dann auch noch die anderen Mächte kurze Erklärungen ab, wobei es noch zu Auseinandersetzungen zwischen Botschafter Nadolny und dem französischen Delegierten Massigli kam. Der italienische Botschafter erklärte, Italien finde sich mit der Vertagung lediglich unter der Bedingung ab, daß nunmehr gemäß den deutschen Feststellungen die Mächte sich feierlich verpflichten, die in Aussicht genommenen Verhandlungen in einem Geist zu führen, der einen erfolgreichen Abschluß ermöglicht.

Das Ergebnis von Neudeck

Hugenbergs Rücktrittsgesuch genehmigt. — Generaldirektor Dr. Schmitt zum Reichswirtschaftsminister, Walter Darré zum Reichsernährungsminister ernannt.

Neudeck, 30. Juni.

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers dem Reichsminister für Ernährung und Wirtschaft Dr. Hugenberg die erbetene Entlassung aus seinen Aemtern erteilt und den Generaldirektor der Allianz-Versicherungs-A.-G. Dr. Schmitt zum Reichswirtschaftsminister und das Mitglied des Reichstags Dr. Walter Darré zum Reichsernährungsminister ernannt.

Der Herr Reichspräsident hat ferner den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Bang, einstweilen in den Ruhestand versetzt und zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium das Mitglied des Reichstages Diplomingenieur Gottfried Feder ernannt.

Reichskanzler Adolf Hitler wurde bei seiner Ankunft in Neudeck von dem Herrn Reichspräsidenten vor dem Portal des Hauses Neudeck herzlich begrüßt.

*

Die Frage der Neubesetzung der freigewordenen preußischen Ministerien.

Berlin, 29. Juni. Die Frage der Neubesetzung der durch den Rücktritt Dr. Hugenbergs freigewordenen preußischen Ministerien für Wirtschaft und Arbeit und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ist zur Zeit noch ungeklärt. Eine Entscheidung hierüber dürfte erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers aus Neudeck fallen.

Wie verlautet, wird der Reichswirtschaftsminister Schmitt das preußische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit und Reichsernährungsminister Darré das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten übertragen erhalten.

Balkan-Grenzzwischenfall

Landung südslawischer Militärflugzeuge in Bulgarien.

Sofia, 30. Juni.

Bei dem bulgarischen Donaustädtchen Nikopol gingen drei südslawische Militärflugzeuge nieder. Die Apparate wurden von den bulgarischen Grenzbehörden beschlagnahmt und die Besatzungen — sechs Mann und ein Offizier — in Gewahrsam genommen. Die Flieger erklärten, sich infolge des bewölkten Wetters verirrt zu haben und wegen Benzinmangels notgelandet zu sein. Dieser Zwischenfall veranlaßte den südslawischen Gesandten, Protestschritte bei der bulgarischen Regierung gegen die Maßnahmen der Grenzbehörden zu unternehmen und die unverzügliche Rückgabe der Flugzeuge und Freilassung der Flieger zu fordern.

Im Stockholmer Konzerthaus wurde die Große Weltkraft-Konferenz durch den Kronprinzen von Schweden eröffnet. Anwesend waren gegen 900 Delegierte aus 40 Ländern.

Kirche und Staat.

Kultusminister Rust über die letzten kirchenpolitischen Ereignisse.

— Berlin, 29. Juni. Auf einer Massenversammlung der Deutschen Christen machte am Donnerstag abend der preußische Kultusminister Rust zu dem Thema „Gott und Volk — Kirche und Staat" bedeutsame Ausführungen über die kirchenpolitischen Ereignisse der letzten Zeit. Der Minister betonte, es werde sich zwar niemand an einen Glaubenssatz der Kirche heranwagen, aber die leitenden Persönlichkeiten der Kirche müßten immerhin so ausgewählt sein, daß der Staat eine Störung seiner Aufgaben von ihnen nicht vorauszusetzen brauche. Aus diesem Grunde habe sich die Kirche mit dem Staat dahin geeinigt, daß bei der Ernennung führender kirchlicher Persönlichkeiten der katholischen wie der evangelischen Kirche der Staat zu befragen ist, ob er staatspolitische Bedenken zu äußern hat. Es habe noch keine Veranlassung bestanden, in solchen Fällen gegen die Vorschläge der katholischen Kirche etwas einzuwenden. Wohl aber hätten die Herren der evangelischen Kirche in dieser Hinsicht ihre Pflicht nicht erfüllt. Die verantwortliche Leitung der altpreußischen Union, das müsse feierlichst erklärt werden, habe dieses Konkordat gebrochen. Wenn die Oeffentlichkeit anders unterrichtet werde, so liege darin eine Täuschung, die nicht mit den Worten jener Männer in Einklang stehe. Der Minister hob dann in einer kurzen Darstellung der letzten Vorgänge auf kirchlichem Gebiet hervor, daß die Männer, die heute mit der Gebärde des Märtyrers vor das Volk hinträten, Gelegenheit genug gehabt hätten, Märtyrer zu sein, als die Gottlosenbewegung frech über die Straßen marschiert sei. Sie hätten, so betonte der Minister unter stürmischem Beifall, den Staat dann stellen sollen, als er Hehler dieser Gottlosenbewegung gewesen sei. Da seien sie nicht zur Stelle gewesen. Nun hätten von der Seite der Deutchen Christen her neue Männer Kampfeswillen und Entschlossenheit in die Kirche hineingetragen. Gewiß wäre es besser gewesen, wenn aus der Kirche selbst diese Kraft erstanden wäre. Es sei bei der Namhaftmachung eines Reichsbischofs unmöglich gewesen, dem vor aller Oeffentlichkeit mit Erklärungen hin und her ausgetragenen kirchlichen Streit noch länger zuzusehen und zu dulden, daß sich hier eine erste Zentrale des Widerstandes auf dem Wege zur Einheit des Volke bildete. Es sei Pflicht gewesen, in diesen unfruchtbaren Kampf einzugreifen. Mit einer Einmischung in die kirchlichen Angelegenheiten habe dieses Vorgehen aber nichts zu tun. Das Kirchenvolk habe etwas anderes verlangt als Verwaltungsreform: neues lebendiges Leben in der Kirche, eine Auferstehung der Reformation. Die Einsetzung eines komissarischen Nachfolgers für Kapler sei ein Streich gewesen, der sehr schlecht zu dem frommen Wort jener Männer passe. Es komme nicht darauf an, ob der Nachfolger des Präsidenten des Oberkirchenrats kommissarisch sei oder nicht, sondern darauf, ob er die Amtsgewalt habe. Der darauf eingesetzte Kommissar habe die Aufgabe, unter Berücksichtigung des Anwachsens der Deutschen Christen in den nächsten zwei oder drei Wochen die Zusammensetzung der Kirchenvertretungen neu zu regeln, so daß der evangelischen Christenheit ein Wahlkampf nicht zugemutet werde. Es werde dabei jene Verbindung zwischen Volk und Kirche geschaffen werden, die herzustellen Pflicht ihrer verantwortlichen Männer gewesen wäre.

Weiter werde unter dem Vorsitz des Wehrkreispfarrers Müller ein Ausschuß gebildet werden, der sich aus allen ernsthaften Strömungen innerhalb der evangelischen Kirche zusammensetzen werde.

---

zuweilen der denkende Neger beim Europäer sieht (Es sind ja nicht ausschließlich immer nur die besten europäischen Elemente, die in Afrika leben) wird ihn abstoßen und seine Arbeitsfreudigkeit lähmen. Für solche Unternehmer ist der denkende Neger unbequem und der nicht denkende Heide ein bequemeres Objekt der Ausbeutung. Allerdings grollt das Gewitter schon von ferne: der Kommunismus hat bereits eine Schar schwarzer Agitatoren bereit besonders für die Minenbezirke und alle anderen Orte, wo die noch nicht denkenden Neger als Proletarier massiert sind.

Daß das Christentum die Neger nur zu schwarzen Europäern" macht, ist ein Urteil, das durch keine Sachkenntnis getrübt ist. Es ist genau so töricht, als wenn vor 1000 Jahren jemand befürchtet hätte, die Germanen könnten durch das Christentum zu germanischen Juden werden. Das Christentum hat mit Rasse nichts zu tun: der christliche Deutsche bleibt doch ebenso Deutscher wie der christliche Chinese Chinese bleibt. Und gerade die Mission legt den größten Wert darauf daß der christliche Neger ein Neger bleibt. Zudem wird der Neger — ganz abgesehen von seiner Farbe — immer Neger bleiben, selbst wenn er sein Leben lang in Europa lebte! Das haben die Missionen klar erkannt. Sie wirken mit besonderer Energie und mit Erfolg gerade auf Erhaltung und Pflege des Volkstums der Neger. Der Neger soll Neger bleiben. Nur die Dunkelheit, worin er lebt, soll durch das Licht des Christentums erhellt werden: hierdurch, wird das Volkstum nicht verändert. Ich habe Tausende von Negern gesehen, Heiden und Christen: im Volkstum unterscheiden sie sich nicht; aber den Christen ist eine Last genommen, die auch die Heiden als solche empfinden und von der sie selbst frei sein möchten und vielleicht einmal frei sein werden, wenn sie auch jetzt noch nicht die Kraft haben, sich zu befreien. Aber reine, unverfälschte Neger sind Heiden sowohl als auch Christen. Was man — an der Küste und in Städten — an Nachäffung von Europäertum sieht, hat mit Christentum oder Mission nichts zu tun, geschweige denn, daß es eine notwendige Folge der Missionierung sei.

Die Missionen kämpfen vielfach harte Kämpfe gegen die Neger selbst, um diesen ihr Volkstum zu erhalten. Der Neger sieht meist im Europäer die höhere Rasse und bemüht ist, sie zu imitieren. Er hat einen angeborenen Nachahmungstrieb. Es erfordert viel Geduld, eingehende Belehrung und oft Strenge, ihm das Törichte seines Tuns klar zu machen. Allerdings sind die Missionare nicht beschränkte Eiferer. Was praktisch, hübsch und passend ist, wird den Leuten gern zugestanden. Statt der beim Arbeiten hindernen Lendentücher oder der stets stinkenden unhygienischen Leder- oder Baumrindenkleidung tragen die Leute jetzt vielfach die kurze Hose (shorts), wie die Europäer auch, darüber ein Hemd und oft eine weiße Kappe: das ist praktisch und sieht wunderhübsch aus. An Stelle der fensterlosen schmutzigen Hütten, wo es von Ungeziefer wimmelt und die Brutstätten der Infektionskrankheiten sind, zeigt der Missionar den Leuten, wie sie saubere, luftige, lichte Hütten bauen können, die gleich den alten Hütten, oft noch viel besser, in das Landschaftsbild passen. Ich habe in Kirchen Choräle auf Eingeborenen-Melodien gehört, zum Teil hatten die Neger selbst den Text verfaßt: auch für ein verwöhntes Europäerohr war diese Musik eine Freude. Welcher vernünftige Grund ließe sich dagegen geltend machen, daß die Missionen den Eingeborenen in solchen Richtungen Kultur und Zivilisation bringen. Ausnahmslodagegen wenden sich die Missionen gegen die Nachäffung des Europäertums. Der Kampf wird ihnen vielfach erschwert durch die Europäer selbst: besonders in den Städten sehen die scharf beobachtenden Neger die Auswüchse europäischer Zivilisation, wie sie ihnen in Kleidung und Lebensführung entgegentreten. Ich sah selbst am Tanganyika-See Belgierinnen in Strand-Pyjamas mit langen weiten Hosen, wie man sie in Ostende sehen kann; daß der Alkohol bei vielen Europäern in Afrika eine große Rolle spielt, ist kein Geheimnis. Die geschäftstüchtigen Inder nützen den Nachahmungstrieb der Neger weidlich aus: sie hängen ihnen in ihren Läden (duken) die unmöglichsten Dinge auf unter der Vorspiegelung, das sei europäische Mode. Ich habe überall beobachtet, welchen schweren Kampf die Missionen gegen solchen Unsinn führen. Die Haltung der Missionen, besonders der evangelischen, ergibt sich zwangsläufig aus ihrer Tendenz: ihr Ideal ist Gründung einer Volkskirche der Eingeborenen, in der letzten Endes das weiße Element entbehrlich sein wird. Das Ideal ist durchaus realisierbar, wenn seine Verwirklichung heute auch noch in weiter Ferne liegt; denn das Christentum ist übernational und kann, wie der Erfolg zeigt, von jeder Rasse aufgenommen werden, ohne diese selbst zu zerstören.

Jeder, der Gelegenheit hat, hier in Afrika die Arbeit der Missionen zu beobachten, und der dies mit Aufmerksamkeit tut und ohne Voreingenommenheit, muß der Arbeit der Missionen sympathisch gegenüberstehen. In wieweit auch die koloniale Arbeit gefördert wird durch Hebung des sittlichen und kulturellen Niveaus der Eingeborenen, braucht hier nicht erörtert zu werden. Nur das möchte ich betonen: Kolonisation ohne Missionierung erscheint bedenklich. Bei den Engländern, dem größten Kolonialvolk der Erde, geht beides ausnahmslos Hand in Hand. Ohne christliche Mission ist der Eingeborene in Afrika dem Mohammedanismus und — dem Bolschewismus rettungslos ausgeliefert!

Hinweis.

Mate-Einkauf. Nicht der Preis allein, sondern die Qualität und der Preis sind ausschlaggebend! Sie werden bei Einkauf billiger Sorten sehr bald merken, was Sie erhalten. Solche Pakete bleiben meistens angebrochen liegen und sind für billigstes Geld noch zu teuer! Wollen Sie wirklich Genuß am Mate-Trinken und die besten Wirkungen erzielen, so gibt es für Sie nur eine Marke: „Harnsäurefeind" abgekürzt Mate „H-f-F". Diese seit Jahren eingeführte älteste Marke, ein Paraguay-Typ feinster Güte, gibt Ihnen unbedingt Gewähr für stets gleichmäßige, tadellose, wirklich wohlschmeckende Qualität! Besonders bei loser Ware haben Sie die Qualität nicht. Oft handelt es sich nicht einmal um reinen Mate. Mate „H-f-F" ist unter Garantie ein reiner Mate feinster Güte und nur echt in Original-Packungen mit dem Namenszug „Harnsäurefeind" im schrägen roten Streifen. In fast allen Dogerien, Reformhäusern und Apotheken erhältlich.

Dieser Ausschuß werde die Arbeiten der neuen Verfassung durchzuführen haben. Die direkt und indirekt eingesetzten Kommissare würden nach Erledigung ihrer einfachsten Aufgaben unverzüglich zurückgezogen werden. Eine Sorge um die Kirche sei also unnötig. Im übrigen sei darauf hinzuweisen, daß die Kirche Luthers nicht aus einem Dutzend Generalsuperintendenten bestehe, die den Anschluß an die Zeit nicht zu finden vermöchten, sondern aus den Millionen gottsehnsüchtiger Männer und Frauen. Es komme darauf an, wer vor der Geschichte Recht behalte und nicht vor einem Staatsgerichtshof, den die Herren nach dem Muster der Severing und Genossen angerufen hätten. Das evangelische Kirchenvolk sei ergriffen von der Sehnsucht nach Einigkeit. Wenn einer das Recht habe, sich auf Gott zu berufen, und an ihn zu glauben, so sei es der Mann, der mit sieben Arbeitern angefangen habe, ein Volk aufzubauen, und dessen Staat heute nicht bestünde ohne Gottes gütige Vaterhand, ohne Gottes Segen. Der Minister schloß mit dem Bekenntnis: Wir wollen ein einiges und frommes Volk der Kämpfer sein.

Die Versammlung stimmte darauf spontan das Lutherlied an.

Erlaß des Oberkirchenrats

Flaggenhissung auf den kirchlichen Gebäuden am 2. Juli.

Berlin, 30. Juni.

Aus Anlaß des großen Werkes der Neuordnung der Kirche hat der Evangelische Oberkirchenrat der Altpreußischen Union folgendes angeordnet:

„Am Sonntag, den 2. Juli, sind sämtliche Kirchen, Pfarr- und Gemeindehäuser und die kirchlichen Verwaltungsgebäude im Gebiet der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union außer mit der Kirchenfahne mit der schwarz-weißroten und der Hakenkreuzfahne zu beflaggen. Der Gottesdienst an diesem Tage ist durch Dank und Fürbitte festlich auszugestalten."

Im Berliner Dom predigt am Sonntag um 10 Uhr vormittags der Bevollmächtigte des Reichskanzlers Wehrkreispfarrer Ludwig Müller, in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche der Leiter der Glaubensbewegung Deutsche Christen Pfarrer Hossenfelder.

•

Personelle Veränderungen im Evangelischen Oberkirchenrat.

Berlin, 29. Juni. Im Evangelischen Oberkirchenrat, der altpreußischen Union sind entscheidende personelle Veränderungen erfolgt. Wie bereits gemeldet, ist zum kommissarischen Präsidenten Rechtsanwalt Dr. Werner, zum kommissarischen geistlichen Vizepräsidenten Pfarrer Hossenfelder, zum kommissarischen weltlichen Vizepräsidenten Konsistorialrat Dr. Fürle bestellt worden.

Zu kommissarischen Mitgliedern des Oberkirchenrats wurden bestellt: Oberkonsistorialrat D. Friedrich Koch, Pfarrer Peter, Pfarrer D. Freitag, Universitätsprofessor D. Stolzenberg, Pfarrer D. Thom. Zu kommissarischen Hilfsarbeitern: Dompfarrer D. Wienecke, Gerichtsassessor Dr. Kröger.

Beurlaubt sind: der weltliche Vizepräsident D. Hundt, Geheimer Oberkonsistorialrat D. Dr. Karnatz und die Oberkonsistorialräte D. Richter I, Prof. D. Dr. Sellin, D. Dr. Jeremias, Liz. Dick, Henselmann, D. Fischer, Pfarrer D. Böhm, Liz. D. Söhngen.

•

Beurlaubungen von Generalsuperintendenten.

Berlin, 29. Juni. Von den Generalsuperintendenten der evangelischen Kirche der altpreußischen Union sind bisher beurlaubt:

D. Dr. Schian-Breslau, D. Dr. Dibelius und D. Dr. Karow-Berlin; die Pensionierung der Generalsuperintendenten D. Haendler-Berlin und D. Gennrich-Königsberg zum 1. Juli ist genehmigt worden.

Heß nimmt an Kabinettssitzungen teil

Berlin, 30. Juni.

Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt mit: Durch Kabinettsbeschluß wurde bestimmt, daß der Stellvertreter des Führers der NSDAP., Rudolf Heß, künftig an den Kabinettsberatungen und Ministerraten der Reichsregierung teilnimmt.

Zentrum löst sich auf

Entscheidende Beratungen der Parteiführung

Der Anspruch der NSDAP. auf Totalität, der in den letzten Tagen zur Auflösung der verschiedenen Parteien geführt hat, hat auch das Zentrum, die letzte noch übriggebliebene Partei neben den Nationalsozialisten, vor wichtige Entscheidungen gestellt. Die Führer der Partei haben im Laufe der letzten Tage eingehende Beratungen über die Anpassung des Zentrums an die durch die Auflösung der anderen Parteien geschaffene Lage abgehalten. Es ist anzunehmen, daß der Reichsparteivorstand des Zentrums ebenfalls zu dem Beschluß der Selbstauflösung kommen wird.

Aus den verschiedenen Gegenden des Reiches kommen bereits Nachrichten von der Selbstauflösung von Stadtverordnetenfraktionen des Zentrums. So hat z. B. auch die Zentrumsfraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung, der elf Abgeordnete angehören, ihre Auflösung beschlossen. Der Fraktionsführer und zwei der Stadtverordneten haben bereits ihren Austritt aus der Zentrumspartei erklärt, und die Stadtverordneten werden wohl um Aufnahme als Hospitanten bei der allein übrigbleibenden nationalsozialistischen Fraktion nachsuchen. In Siegburg hat die Zentrumsfraktion, die mit 15 Mitgliedern die absolute Mehrheit im Stadtparlament hat, beschlossen, der Stadtverordnetenfraktion der NSDAP. als Hospitant beizutreten. Der Entschluß wurde dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler telegraphisch übermittelt. In Köln haben zwei Stadtverordnete ihren Austritt aus der Zentrumsfraktion erklärt und sind der nationalsozialistischen Rathausfraktion als Hospitanten beigetreten. Die Zentrumsfraktion in Letmathe (Westfalen) hat ihr Verhältnis zur Zentrumspartei gelöst.

Auch in der Zentrumspresse zeichnet sich die Entwicklung bereits ab. So bringt die „Schlesische Volkszeitung", das in Breslau im 65. Jahrgang erscheinende Blatt des Südostens, eine Erklärung ihres Verlages, wonach künftig jede parteimäßige Bindung abgestreift sein wird und das Blatt sich „aufrichtig ohne jeden Hintergedanken zum neuen Reich und seinen Führer Adolf Hitler bekennt."

Anzeigen gegen studentische Verbindungen

Wie das Breslauer Polizeipräsidium mitteilt, sind in letzter Zeit bei der Staatspolizei Anzeigen gegen studentische Verbindungen eingegangen, die der Zentrumspartei nahestehen oder standen. Die Vorwürfe erstreckten sich insbesondere darauf, daß einzelne Mitglieder der Korporationen ihren jüngeren Aktiven die von diesen selbst gewünschte Beteiligung an nationalen Verbänden zum mindesten erschwerten. Die Staatspolizeistelle hat unter Hinzuziehung von studentischen Mitgliedern der SA. die Berechtigung dieser Vorwürfe nachprüfen lassen.

Nach Abschluß der Nachprüfungen wird die Oeffentlichkeit unterrichtet werden.

Vereinsvermögen beschlagnahmt

Auf Anordnung der bayerischen Regierung wurden in zahlreichen Ortschaften der Pfalz die Vereinsvermögen der katholischen Vereine durch Polizei- oder Gendarmeriebeamte beschlagnahmt. In Ludwigshafen wurden die Vermögen der Vereine sämtlicher acht Pfarreien, ferner die Vermögen der Vereine in Landau und Oggersheim beschlagnahmt.

Einheit von Volk und Kirche

Verfügung zur Behebung der Notstände in Kirche und Volk.

Berlin, 30. Juni.

Der Bevollmächtigte des Reichskanzlers für die Angelegenheiten der evangelischen Kirche, Wehrkreispfarrer Müller, gibt folgende Verfügung zur Behebung der Notstände in Kirche und Volk bekannt:

1. Die deutschen evangelischen Kirchen sind in einen Notstand geraten. Die unbedingt notwendige Einheit von Volk und Kirche ist in Gefahr.

2. Dieser Notstand erfordert außerordentliche Maßnahmen. Im Einvernehmen mit dem Herrn Staatskommissar für die evangelischen Landeskirchen Preußens übernehme ich daher um der Kirche und um des Evangeliums willen als Bevollmächtigter des Herrn Reichskanzlers die Leitung des Evangelischen Kirchenbundes.

3. Ich übernehme insbesondere den Vorsitz im Kirchenbundesrat, die Befugnisse des Kirchentages, des Kirchenausschusses und seiner Unterausschüsse.

Mit Gottvertrauen und dem Bewußtsein meiner Verantwortung vor Gott und unserem Volke gehe ich ans Werk, gehorsam der Wahrheit des reinen und lauteren Evangeliums Jesu Christi.

In Verfolg der vorstehenden Verfügung beurlaube ich mit sofortiger Wirkung den Bundesdirektor des Kirchenbundesamtes Dr. Hosemann. Mit der weiteren Durchführung der Verfügung zur Uebernahme der Geschäfte des Kirchenbundesamtes beauftrage ich Herrn Admiral Meusel.

Kommissar für die ev. Frauenverbände

Die staatlichen Bevollmächtigten für Innere Mission haben den Geschäftsführer des Reichsverbandes der Evangelischen Frauenhilfe Deutschlands, Pastor Hemenau-Potsdam, zum kommissarischen Bevollmächtigten für sämtliche Frauenverbände der evangelischen Kirche mit Ausnahme der evangelischen Frauenstandesorganisationen ernannt.

Sparerlaß in Preußen

Die Grundsätze altpreußischer Sparsamkeit sollen wieder zur Geltung kommen.

Berlin, 30. Juni.

Der preußische Ministerpräsident Göring hat an alle Behörden der preußischen Staatsverwaltung einen Runderlaß gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß der von der Staatsregierung zu Beginn des Rechnungsjahres beschlossene Staatshaushaltsplan für 1933 in Einnahme und Ausgabe ausgeglichen ist. Dieses Ergebnis dürfe auch im Laufe des Rechnungsjahres keine Aenderung erfahren. Die Aufrechterhaltung gesunder Finanzen sei die Grundlage jeder geordneten Staatsverwaltung. Es müsse daher das Bestreben aller Behörden des preußischen Staates sein, durch äußerste Sparsamkeit auf allen Gebieten zur Sicherstellung dieses Zieles beizutragen.

Bei den Personalausgaben wird — vorbehaltlich der Entscheidung des zuständigen Fachministers — in jedem Falle des Freiwerdens einer Stelle, insbesondere bei Ausführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums zu prüfen sein, ob eine Wiederbesetzung der Stelle einem unmittelbaren Bedürfnis entspricht, ob nicht insbesondere zeitweise die Stelle unbesetzt bleiben kann oder mit einem Beamten niedrigerer Besoldungsgruppe besetzt oder von einem Beamtenanwärter wahrgenommen werden kann. Ferner ist darauf Bedacht zu nehmen, Beamte und Lehrpersonen, die lediglich mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse aus ihrem Amt entfernt werden mußten, die aber an sich neben fachlicher Eignung die volle Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den neuen Staat eintreten werden, in einer anderen, gegebenenfalls unpolitischen Dienststellung baldigst wieder zu verwenden, um ihre Arbeitskraft und ihre Erfahrungen zu nutzen und das Anschwellen der Ruhegehalts- und Wartegeldkosten zu vermeiden.

In Erfüllung der Forderungen der nationalen Erhebung gilt es für jeden Beamten, die ganze Kraft daran zu setzen, den Grundsätzen altpreußischer Sparsamkeit Geltung zu verschaffen und sie wieder zu der sprichwörtlichen Eigenschaft unseres preußischen Berufsbeamtentums zu machen!

Wegen der Einschränkung der Personalkosten der Gemeinden und Gemeindeverbände ist bereits vom preußischen Minister des Innern ein besonderer Runderlaß ergangen.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— **Bielefeld. Sonderzug zum Westdeutschen Gardeappell in Beckum.** Zum Westdeutschen Gardeappell in Beckum wird am Sonntag, den 2. Juli 1933, ein Sonderzug mit 60 Prozent Fahrpreisermäßigung gefahren. Abfahrt von Bielefeld 11,40 Uhr; Fahrpreis 1,70 RM.

Kirchliche Nachrichten der Zionsgemeinde zu Bethel.

Sonntag, den 2. Juli, 3. S. n. Trin. 8½ Uhr: Pastor Kirschieper. 9 Uhr: Pastor Merz. 10 Uhr: Pastor Greve.
Montag, 20¼ Uhr in Gosen: Gemeindebibelstunde.
Donnerstag, 19½ Uhr: Pastor Jungblut.

Bethel.

— **Christlicher Verein junger Mädchen.**

Sonntag: Bei gutem Wetter Tageswanderung. Treffpunkt 6,45 Uhr Telefonhäuschen.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Luftkurort Emdenau, Bad Wildungen Land
Christliches Erholungsheim, Waldecker Schweiz
Pension von RM 3.— an. — Luft-Sonnenbad, Liegehalle, Bäder, Wildg. Trinkkur. Illustr. Prospekt bei Angabe dieser Zeitung frei.

Sonder-D-Zug
mit 40 Prozent Fahrpreisermäßigung
am 9. bis 14. Juli 1933
von Bielefeld nach Heidelberg [und zurück
Fahrpreis (hin und zurück):
ab Bielefeld: 3. Klasse 26.60 M.
2. Klasse 40.20 M.
Alles Weitere über Fahrplan, Fahrpreise usw. durch Plakate und Reiseprogramme, die kostenlos bei den Fahrkartenausgaben und Reisebüros zu haben sind.
Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft
Reichsbahn-Verkehrsamt Bielefeld

Blühendes Aussehen,
Schlankheit, echte, gesunde Schönheit durch reines, richtig arbeitendes, entsäuertes Blut. Darum täglich als Familiengetränk den gehaltvollen, naturreinen, feinschmeckenden Mate-Tee, ges. gesch. Marke:
Hansaline
Rote Packung: RM. -.50, -.90, 1.70, 3.— Blaue „ „ -.40, -.70, 1.30, 2.40
Niemals lose, es hat seinen Grund
In Drogerien, Reformgesch. u. Apotheken!
Nach Orten, wo noch nicht erhältlich, Nachnahmeversand zuzüglich Porto. Bezugsquellen, Muster und Prospekte kostenlos durch
Evers & Lange, Hamburg 11 A.
Der Tee ist zu Ladenpreisen auch bei „Ophir" vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, Bethel bei Bielefeld, und im Reformhaus zur Gesundheit C. Bitter Nachf., Bielefeld, Bahnhofstr. 2a, zu haben.

Chauffeur u. Schlosser
ledig, ehrlich, gewissenhaft und nüchtern, sucht Stelle; ist auch tüchtig in Garten- und beliebigen Nebenarbeit. Briefe unt. A 3417 an die Geschäftsstelle dies. Blattes.

Christliches Erholungsheim
„Bethanien"
Langeoog / Nordsee. Wir empfehlen d. Geschwistern und Freunden unser neuerbautes Heim Es liegt in der Nähe des Badestrandes. Familiärer Gemeinschaftskreis, Andachten im Hause. Die Preise sind bedeutend herabgesetzt. Prospekte werden gern zugesandt. Anmeld. frühzeit erb. an
Christl. Erholungsheim „Bethanien", Langeoog

Christliches Erholungsheim
Bergsegen
Bad Sachsa / Südharz
Schöne, staubfreie Lage an Wald und Berg. 3—4 Mk. B. v. Uslar.

Erholungsaufenthalt im Wald!
Das Erholungsheim im Solling bei Dassel, Kr. Einbeck (Weserbergland) umgeben von herrlichen Fichten- und Laubwäldern mit prächtiger Fernsicht, bietet vorzügliche Erholungsmöglichkeiten. Bei Herz und Nerven besonders bewährt. Gelegenheit zu Waldwanderungen, Luft- und Sonnenbädern, Liegekuren, Diäten. Gute reichliche Verpflegung. Preise zeitgemäß. Prospekt einfordern. Anfragen an
Sekr. Friedr. Gramm.

Stellengesuche und Angebote
haben im „Aufwärts" großen Erfolg